

Positionspapier der Jungen Gruppe  
der CSU-Landtagsfraktion vom 12. März 2024

„Das BayernUpdate“

Impulse für eine umfassende Verwaltungsreform



1 Die CSU-Fraktion im Bayerischen Landtag packt den Abbau von Bürokratie konkret an. Bürger und  
2 Unternehmer fordern zurecht weniger Belastung durch langwierige Verwaltungsvorgänge. Die Krisen  
3 der vergangenen Jahre haben Schwächen auch in Bayern offenkundig werden lassen. Zugleich haben  
4 die Mitarbeiter der öffentlichen Hand gerade in schwierigen Phasen bewiesen, dass sie leistungsstark  
5 sind und pragmatisch agieren können.

6 Wenn wir das Reduzieren von Gesetzen und Regularien jetzt einbetten in eine echte  
7 **Verwaltungsreform**, können wir Bayern für die nächsten Jahrzehnte wappnen und einen  
8 entscheidenden Standortvorteil zurückerobern.

9 Diese grundlegende Verwaltungsreform muss alle behördlichen Institutionen und Ebenen – Gemeinden,  
10 Städte, Landkreise, Bezirke, Regierungen und Staatsministerien – eng einbinden und als gemeinsames  
11 Vorhaben etabliert werden.

12 **Drei Prinzipien** stehen im Vordergrund:

- 13 • Bürgerfreundlichkeit: Behörden sollen ermöglichen, lösen, helfen. Für einen Vorgang sollte der  
14 Bürger immer nur einen Ansprechpartner haben, der für ihn in die Verwaltung hinein agiert  
15 (One-Stop-Government). Dass dem Bürger von ihm geforderte oder für ihn nützliche Vorgänge  
16 proaktiv zugestellt werden, soll künftig der Regelfall werden (Push-Government).
- 17 • Geschwindigkeit: Bei gegebenen Rahmenbedingungen aus dem Bund und aus Brüssel kann  
18 Bayern führen, indem wir die schnellste Umsetzung haben.
- 19 • Vertrauen: Sowohl die Mitarbeiter der öffentlichen Hand als auch Bürger und Unternehmer  
20 haben die Kraft, in Eigenverantwortung gute Entscheidungen für ihr Leben und Handeln in  
21 Bayern zu treffen.

22 Vom „Fitnesscheck für Bayerns Behörden“ des Beauftragten für Bürokratieabbau über zahlreiche  
23 Initiativen der Staatsregierung bis hin zu den Vorschlägen von Verbänden müssen alle vorliegenden  
24 Ideen aufgegriffen zusammengeführt werden.

25 Als Vertreter der jungen Generation sehen wir unsere Aufgabe darin, auch Grundlegendes in Frage zu  
26 stellen, um disruptive Innovation zu ermöglichen. Wir möchten hierzu fünf Impulse einbringen, die wir  
27 ausdrücklich als Anstoß und Einladung zur offenen Diskussion mit allen Beteiligten verstehen.

28 **1. Doppeltes Tempo für Digitalisierung und Künstliche Intelligenz**

29 Digitalisierung und Künstliche Intelligenz (KI) können zum einen die Bürgerfreundlichkeit  
30 öffentlicher Dienstleistungen deutlich erhöhen, zum anderen die Prozesse innerhalb der  
31 Behörden enorm vereinfachen. Im Vergleich zu deren Einsatz in Unternehmen hinken wir hier  
32 noch nach.

33 Unser Impuls:

- 34 - Standardisierung statt Individualisierung bei allorts gleichen, wiederkehrenden Aufgaben,  
35 z.B. bei kommunalen Bürgerdiensten.
- 36 - Digitalisierung statt Personalaufbau: Bei neuen Aufgaben ist zunächst sicherzustellen, dass  
37 sämtliche Möglichkeiten der Digitalisierung und Automatisierung von der Antragstellung bis  
38 zum Bescheid genutzt werden. Zusätzlicher Personaleinsatz nur dort, wo  
39 digitale/automatisierte Prozesse objektiv nicht möglich sind.
- 40 - Pflicht zur Nutzung bereits erprobter KI-Tools in bearbeitungsintensiven Bereichen, z.B. für  
41 Baugenehmigungen. Schneller vom erfolgreichen Pilotprojekt ausrollen in die breite Praxis.

- 42 - Einbindung von Startups in Reformprozesse durch Innovationsfaktor bei Ausschreibungen.  
43 - Sichere Datenfreigaben durch den Bürger statt Datenschutz, der Bürgerservice verhindert,  
44 z.B. in KITA-Platz-Vergabe und Planung.

## 45 **2. Modellregionen, in denen wir lernen, das Leben leichter zu machen.**

46 Oft scheitern gute Ideen für mehr Freiheit an der Sorge um theoretische Risiken bei der  
47 Umsetzung. Selbst bei Pilotprojekten wird der Anspruch an eine vollständige, vorherige  
48 Durchregulierung gesetzt. Nach dem Vorbild von Sonderwirtschaftszonen könnte die Erprobung  
49 gewünschter, zusätzlicher Spielräume in räumlich und zeitlich begrenzten Praxistests  
50 stattfinden.

51 Unser Impuls:

- 52 - In klar definierten Regionen, etwa in einzelnen Landkreisen, werden administrative bzw.  
53 rechtliche Bedingungen teilweise erleichtert oder vollständig außer Kraft gesetzt.  
54 - Unter Einbindung aller lokaler Akteure und ggf. mit wissenschaftlicher Begleitung kann eine  
55 laufende Evaluierung und Nachsteuerung im begrenzten Umgriff unmittelbar erfolgen und  
56 muss nicht landesweit orchestriert werden.  
57 - Testfelder sollten dem regionalen Bedarf dienen und wirtschaftliche Impulse setzen, z.B.:  
58 Bauwesen (Wohnraum in Gewerbegebieten), Ladenschluss, Unternehmensgründungen.

## 59 **3. Aufgaben hinterfragen, Prioritäten setzen, Ermessen nutzen.**

60 Volumen und Komplexität von Anforderungen an Behörden wachsen gleichermaßen. Parallel  
61 sinkt die Zahl verfügbarer Arbeitskräfte für den öffentlichen Dienst. Auf allen Ebenen muss  
62 Aufgabenkritik konsequent dazu führen, dass die Prioritäten der Behörden auf das gelenkt  
63 werden können, was Bürgern und Unternehmen dient.

64 Unser Impuls:

- 65 - Ermessensausübung durchgängig pro Ermöglichung, ggf. auch durch lenkende  
66 Verwaltungsvorschriften aus der Staatsregierung.  
67 - Auswahl des Verfahrens, das dem rechtlich zwingend notwendigen Minimum  
68 entspricht – insbesondere bei Vorhaben, die der Energieversorgung dienen. Besteht eine  
69 Wahlmöglichkeit zwischen verschiedenen Verfahren, darf die aufwändigere  
70 Option nur in begründeten Ausnahmefällen gezogen werden.  
71 - Kategorisierung von Verfahren in Bezug auf Bundes- und Europarecht mittels  
72 ABC-Analyse. Vollzug von Kategorie C nur mehr bei Verfügbarkeit personeller Ressourcen  
73 möglich, z.B. Berichts- und Statistikpflichten. Rückabsicherung der Konsequenzen von  
74 verkürztem oder ausbleibendem Vollzug durch die jeweils nächsthöhere Behördeninstanz  
75 (siehe 5.).  
76 - Einsatz von Task-Forces und Projektteams für Aufgaben mit besonderer Priorität, auch über  
77 verschiedene Ebenen/Behörden hinweg und bei Allokation aus Fortbildung der personellen  
78 Ressourcen dort hin.

## 79 **4. Mehr Subsidiarität, weniger Komplexität.**

80 In viele Fragen, bei denen vor Ort die beste Antwort gefunden werden kann, sind zu viele  
81 Ebenen eingebunden. Unsere konservative Grundidee, dass die kleinste und nächstgelegene  
82 Einheit entscheidet, muss im Verwaltungsalltag wieder stärker wirken.

83 Unser Impuls:

- 84 - Zusammenführung von Zuständigkeiten, die bisher auf mehrere Ebenen verteilt sind, z.B.  
85 Baugenehmigungen verteilt auf kreisangehörige Kommunen und Landratsämter.  
86 - Reflexion über die Notwendigkeit einzelner Teilebenen und ihrer hierarchischen  
87 Einordnung, u.a. Zweiklang aus Regierungen und Bezirken.  
88 - Strukturwechsel hin zu mehr Entscheidungskompetenz & Individualisierung für die örtlichen  
89 Ebenen, bei gleichzeitiger Standardisierung des Rahmens, z.B. im Bildungswesen bzgl.  
90 Hierarchieaufbau und Sachaufwandsträgerschaft.

91 **5. Rückhalt für Mitarbeiter und Vertrauen zwischen den Ebenen.**  
92 Absicherung und unklare Haftungsfragen führen immer wieder zu Verwaltungsentscheidungen  
93 gegen Vorschläge und Vorhaben. Verstärkt wird dies durch fehlendes Zutrauen übergeordneter  
94 Ebenen in kleinere Einheiten.

95 Unser Impuls:

- 96 - Durchgängiger politischer Rückhalt für ermöglichende Ermessensentscheidungen von
- 97 oben nach unten, verstärkt durch Rahmenbeschlüsse in allen Gremien.
- 98 - Neuausrichtung von Dienstaufsichtsbehörden zu Beratungsbehörden, die der
- 99 nachgelagerten Instanz helfen, im Rahmen des geltenden Rechts pragmatische und
- 100 praxistaugliche Entscheidungen zu treffen.
- 101 - Aufbau einer umfassenden Absicherungsstruktur inkl. Versicherungen und Rechtsschutz
- 102 für leitende Mitarbeiter und entscheidungsführende Mandatsträger.